



Berliner Polizei startet Pilotprojekt zur Gewaltprävention

Pilotprojekt in Berlin Polizei will Gewalt durch psychisch kranke Täter früher verhindern

Di 03.02.2026, 10:40 Uhr



Audio: rbb|24 | 03.02.2026 | Sieba Abadi

Psychisch gestörte und zugleich gefährliche Menschen sollen künftig von der Berliner Polizei früher erkannt und gestoppt werden. Das kündigte Polizeipräsidentin Barbara Slowik Meisel der Nachrichtenagentur dpa an.

"Wir sehen bereits seit längerem immer häufiger Menschen, die verhaltensauffällig sind, (<https://www.rbb24.de/panorama/beitrag/2024/08/berlin-verhaltensauffaellig-obdachlosigkeit-suchtkranke-drogen.html>) also unter Drogen stehen (<https://www.rbb24.de/panorama/beitrag/2024/12/berlin-brandenburg-kokain-missbrauch-aerztliche-behandlung-barmer-studie.html>) oder psychische Erkrankungen aufweisen, und in diesem Zusammenhang schwere Straftaten begehen."

Polizeigewerkschaft fordert Datenbank

Was die Prävention von Taten wie in Aschaffenburg so schwer macht

(</politik/beitrag/2025/01/straftaten-psychische-erkrankungen-forderungen-polizei-datenbank-gefluechtete.html>)



(</politik/beitrag/2025/01/straftaten-psychische-erkrankungen-forderungen-polizei-datenbank-gefluechtete.html>)

Im Austausch mit anderen Bundesländern habe auch die Berliner Polizei ein System entwickelt, "wie wir diese Personen rechtzeitig identifizieren können, um möglichst schwere Straftaten zu verhindern", sagte Slowik Meisel. Ab April solle es zunächst als Pilotprojekt umgesetzt werden.

"Es geht um Menschen mit Risikopotenzial, die die Allgemeinheit gefährden. Diese Menschen wollen wir in einem Drei-Stufen-Modell identifizieren." Der erste Schritt gelte für Polizeibeamte, die mit den Personen zuerst in Kontakt kommen - auf der Straße etwa (<https://www.rbb24.de/panorama/beitrag/2024/07/berlin-soziales-streetworker-hilfe-drogenkonsum.html>), bei Kontrollen oder Einsätzen, sagte sie weiter. "Denen geben wir kurze und prägnante Kriterien zur Beurteilung an die Hand."

»Es bleibt in erster Linie ein kranker Mensch.«

Risikoanalyse an verschiedenen Stellen

Sind diese Kriterien erfüllt, werden die Personalien weitergeleitet an eine zentrale Stelle bei der zuständigen Polizeidirektion in Berlin. Dort gebe es eine Risikoanalyse, so Slowik Meisel. Stelle man dort eine konkrete Gefahr fest, etwa weil jemand schon mehrfach durch Gewalttaten aufgefallen ist, greife die dritte Stufe.

"Wenn sich wirklich der Eindruck verfestigt, dass ein Risiko zur Begehung schwerer Straftaten besteht, wird das LKA eingeschaltet." Dort gebe es eine Einheit für eine individuelle erweiterte Risikoanalyse.

Dazu gehöre eine psychotherapeutische Expertise, das sei wichtig. "Hier wird entschieden: Brauchen wir eine Fallkonferenz? Ist der sozialpsychiatrische Dienst nötig? Müssen wir womöglich einen Unterbringungsbeschluss beantragen?"

☐ Externe Inhalte immer anzeigen

Slowik Meisel betonte dabei: "Es bleibt in erster Linie ein kranker Mensch." Wegen zunehmend mehr dieser kranken Menschen mit Risikopotential für die Allgemeinheit müssten Gesellschaft und Gesundheitswesen Unterstützung durch Fachkliniken oder ambulante Krisendienste bereithalten.

"Als Polizei können wir versuchen, diese Menschen zu identifizieren und der Allgemeinheit durch polizeiliche Maßnahmen einen ersten Schutzmantel vor schwerer Gewalt umlegen."

Sendung: rbb/24, 03.02.2026, 9:00 Uhr

Berlin (<https://www.rbb24.de/berlin/index.html>)

Kommentarfunktion geschlossen

Wir schließen die Kommentarfunktion, wenn die Zahl der Kommentare so groß ist, dass sie nicht mehr zeitnah moderiert werden können. Weiter schließen wir die Kommentarfunktion, wenn die Kommentare sich nicht mehr auf das Thema beziehen oder eine Vielzahl der Kommentare die Regeln unserer Kommentarrichtlinien (https://www.rbb24.de/hilfe/hilfe___kommentarfunktion.html) verletzt. Bei älteren Beiträgen wird die Kommentarfunktion automatisch geschlossen.

17 Kommentare

- **Max A.**

04.02.2026 | 12:52 Uhr

Solange die Polizei oft nicht mal in der Lage ist, bei bekanntermaßen psychisch Kranken andere Maßnahmen zu ergreifen als diese einfach zu erschießen, "um sich selbst zu schützen" (nachdem man ohne jede Vorbereitung bewusst in die gefährliche Situation gegangen ist), solange will ich dieser Polizei keinerlei zusätzliche Kompetenzen im Bezug auf psychische Erkrankungen zugestehen, denn sie ist nicht kompetent.

0 Antworten

- **M**

04.02.2026 | 00:16 Uhr

Vielleicht sollte man mehr Therapieangebote schaffen und den Menschen helfen, statt sie zu kriminalisieren und sie aufgrund gesundheitlicher Merkmale in Datenbanken zu erfassen, was das Leben von kranken Menschen sicher nicht besser macht.

0 Antworten

- **Rebecca**

03.02.2026 | 13:52 Uhr

Die Idee ist nicht schlecht, allerdings sind solche kranken Leute irgendwo in der Stadt unterwegs, fahren S-Bahn, U-Bahn oder Bus und wie soll da die Polizei tätig werden ? Außerdem sind der sogenannte Maßregelvollzug in den solche Leute bei Festnahme irgendwann kommen, hoffnungslos überfüllt und neue Gebäude sind in Planung, aber noch nicht fertig. Dazu kommen, dass der letzte Leiter, den Job aus Verzweiflung hin geworfen hat. Und wie will das die CDU ändern ?